

wirkliches Leitbild in Nordrhein-Westfalen ist nicht erfolgt.

Meine damals gestellte Frage betraf den Dreh- und Angelpunkt, nämlich was alles auf den Campus kommen soll. Das war meine Frage.

Wahrscheinlich hätte ich, wenn ich 2007/2008 die Überlegung angestellt hätte, den Campus anders entwickelt, aber die Standortbestandteile sind von Ihnen an diesen Standort geholt worden. Wir werden das weiter so umsetzen. So lautet die Zusage an Bochum, und diese Zusage werden wir einhalten.

Darüber hinaus aber wird dieser Standort eine weitere Entwicklung erfahren, weil wir das Netz einer Gesundheitswirtschaft über Nordrhein-Westfalen nachhaltig entwickeln müssen. Dazu sind die Vorarbeiten von Ihnen in der letzten Landesregierung so nicht geleistet worden. Das werden wir jedoch so schnell wie möglich auf den Weg bringen, damit, ausgehend von Bochum, der Gesundheitsstandort NRW bundesweit und international eine andere Dimension erreicht als in den letzten Jahren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 15/1144** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zu:

6 Anreize für weibliche Führungskräfte schaffen: Landespreis „Managerin des Jahres“ schaffen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1192

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1238

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Abgeordneter Milz das Wort.

Andrea Milz^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Geschlechterausgewogenheit in den Führungsgremien der Wirtschaft ist ein erklärtes Ziel der nordrhein-westfälischen Politik.

Das Thema „Frauen in Führungspositionen“ hat uns ja nicht nur gestern, sondern auch schon über die letzten Wochen und Monate begleitet. Ich glaube, wir sind uns alle einig: Handlungsbedarf haben wir sowohl, was den Anteil der Frauen in Führungspositionen angeht, als auch, was die Lohngleichheit angeht. Meinungsverschiedenheiten haben wir natürlich auf allen Ebenen – zurzeit auch aktuell über die Medien ausgetragen – über den Weg, wie man die Präsenz von Frauen in den Führungspositionen steigern soll.

Ich persönlich bin einverstanden mit der gestrigen Erklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, zurzeit auf die Quote zu verzichten. Die von ihr benannte zweite Chance für Unternehmen könnte die Berichtspflicht mit konkreter Darstellung der unternehmenseigenen Frauenförderung sein, die die CDU-Landtagsfraktion ja erst kürzlich hier gefordert hat. Denn nur mit einer solchen Transparenz wird es gelingen, auf allen Führungsebenen etwas für Frauen zu bewegen. Denn die Quote bedient nur die Spitze des Eisbergs. Das hat auch Norwegen gezeigt: Quote erfüllt, aber alle anderen Ebenen gingen leer aus.

Wir setzen auf die Erkenntnis der Wirtschaft, dass Frauenförderung nicht nur der Gleichberechtigung Genüge tut, sondern auch handfeste Vorteile bringt. So sorgen Frauen für Teamgeist, für eine neue Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ein anderes Zeitmanagement und für eine neue Sicht auf die Wertigkeit von privaten und dienstlichen Belangen.

Die gestrige Ankündigung des Energiekonzerns E.ON, den Anteil ihrer weiblichen Führungskräfte zu verdoppeln, geht ja genau in diese Richtung und lässt hoffen. Politisch werden wir sehen, wie diese Debatte irgendwann tatsächlich ausgeht; sie ist noch lange nicht zu Ende.

Sollten alle friedlichen Bemühungen nicht wirken, wird die Quote kommen. Davon bin auch ich überzeugt. Was wir aber schon heute abseits von all den großen Zielen tun können, das steht in unserem Antrag. Wir wollen die weiblichen Führungskräfte, die wir schon haben, stärken und zudem Vorbilder für Nachwuchsmanagerinnen schaffen. Hierzu eignet sich die Auszeichnung besonders erfolgreicher Managerinnen. Deshalb schlagen wir die Einführung eines Landespreises „Managerin des Jahres“ vor.

Bundesweit gibt es bereits von einigen Wirtschaftsunternehmen gestiftete Auszeichnungen für erfolgreiche Unternehmerinnen wie zum Beispiel den „Prix Veuve Clicquot“ oder den „Mestemacher-Preis“. An diesen Beispielen kann man sich für die Auslobung eines solchen Landespreises „NRW-Managerin des Jahres“ orientieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Auszeichnung weiblicher Führungskräfte ist auch auf Landesebene praktikabel. Mit dem Titel „Unternehmerin des Jahres“ würdigt zum Beispiel das Land Berlin her-

vorrangige Leistungen von Unternehmerinnen aus der Hauptstadt. Den Rahmen für die Preisverleihung bildet alle zwei Jahre ein in Berlin stattfindender Unternehmerinnentag mit einem Angebot an Seminaren, an Foren, an Informationsprogrammen. Diese Preisverleihung wird kofinanziert vom Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung.

In NRW fehlt es auf Landesebene bisher an einer solchen Auszeichnung, die sich an Unternehmerinnen richtet und dazu geeignet wäre, weibliche Leitbilder auch für den Führungsnachwuchs zu schaffen. Daher fordern wir die Landesregierung auf, einen solchen NRW-Preis ins Leben zu rufen. Eine Auswahlkommission aus nordrhein-westfälischen Führungskräften könnte diese „NRW-Managerin des Jahres“ küren und auch den Kriterienkatalog erstellen, den die Landespreisträgerin zu erfüllen hat.

Kernelement dieses Kriterienkatalogs – darüber können wir im Ausschuss diskutieren – muss neben den unternehmerischen Leistungen der Kandidatinnen auch deren Einsatz für die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sein.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Wir fordern die Landesregierung also auf, erstens jährlich diesen Managerinnen-Tag als Informationsveranstaltung und Rahmen für die Preisverleihung auszurufen, zweitens nordrhein-westfälische Unternehmen in die Organisation und Finanzierung des Landespreises mit einzubeziehen und drittens das Projekt „NRW-Managerin des Jahres“ in der Öffentlichkeit zu bewerben.

Wir erhoffen uns von diesem Projekt ein wirksames Instrument für die Herausstellung der Kompetenz von Wirtschaftsfachfrauen in der immer noch von Männern dominierten Wirtschaftswelt, für die Förderung einer wirtschaftlichen Kultur, die Frauen und Männer gemeinsam gestalten, und für die Ermutigung von Nachwuchsmanagerinnen durch die Präsentation weiblicher Leit- und Vorbilder.

Ich würde mich freuen, wenn Sie diesem Projekt eine Chance geben und freue mich auch auf die Diskussion im Ausschuss. – Danke.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Milz. – Für die SPD spricht jetzt die Kollegin Kieninger.

Gerda Kieninger (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Da hatte die CDU-Fraktion wohl eine Vorahnung, als sie diesen Antrag geschrieben hat. Sie hat schon am 25. Januar einiges geahnt und uns diesen Antrag für dieses Plenum präsentiert als ein Trostpflaster für die verlorengegangene Quote.

Seit gestern wissen wir, die Bundeskanzlerin hat gesagt: Die Debatte ist beendet. Es wird keine gesetzliche Quote geben.

(Beifall von der FDP)

Diese Regelung sei nicht durchsetzbar. Also musste ein Trostpflaster her. Und dieses Trostpflaster ist dann der Landespreis „Managerin des Jahres“. Ich glaube kaum, dass das ausreicht. Ich glaube auch nicht, dass das der richtige Ansatz ist.

Dass das, was Sie im Antrag fordern, ein Signal ist, das Frauen ermutigt, ein Leitbild für Frauen zu sein, die in Führungsbereiche streben, ist nicht richtig. Am 2. Februar dieses Jahres veröffentlichte die „Rheinische Post“ eine Übersicht über den Anteil von Frauen in Bildung und Beruf – das kennen wir alles – und auch eine Pyramide zu den Ursachen für den geringen Frauenanteil. Da steht an erster Stelle: Für Frauen sind Karriere und Kinder unvereinbar. – Das wissen wir inzwischen auch. Wir wissen ebenfalls, dass wir an der Stelle alles geben müssen und die Sache nicht weiter so schleifen lassen dürfen wie in den letzten fünf Jahren.

An zweiter Stelle steht: Frauen werden im Beruf generell benachteiligt. An dritter Stelle heißt es: Männliche Vorgesetzte lassen Frauen nicht aufsteigen. An letzter Stelle, mit 5 %, steht: Es gibt zu wenig weibliche Vorbilder. – Das heißt, ausgerechnet das, was Sie fordern, wird am wenigsten von den Frauen in der Umfrage verlangt.

Ich glaube kaum, dass es Sinn macht, wenn wir uns an eine Sache wie den Mestemacher-Preis anhängen. Es ist sehr lobenswert, dass das Unternehmen Mestemacher diesen Managerinnen-Preis stiftet. Es ist auch sehr lobenswert, dass die Firma Mestemacher den Väter-Arbeitspreis stiftet. All das sind gute Ansätze. Sie gehören auch in den Bereich der Unternehmen, die das tun, wovon sie profitieren.

Wir wissen aus Studien, dass die Unternehmen 48 % mehr Gewinn machen, wenn dort mehr Frauen in Führungspositionen sind. Dazu sagt Frau Schröder: Gerade weil sie profitieren würden, sind Unternehmen doch schön blöd, wenn sie nicht bereit sind, das Potenzial von Frauen zu nutzen.

Von daher kann es nicht die Aufgabe des Landes sein, sondern es ist Aufgabe von Unternehmen, entsprechende Frauen zu würdigen, herauszustellen und deutlich zu machen, wie wichtig es ist, dass Frauen in Unternehmen auch in Führungspositionen sind.

Nun möchte ich kurz den Entschließungsantrag der Linken aufgreifen. Dieser Antrag ist mal wieder unter dem Motto „höher, schneller, weiter“ gefasst. Alles geht nicht schnell genug, alles ist nicht gut genug,

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Wenn es so ist!)

deswegen dieser Antrag als Entschließungsantrag zu dem Managerinnen-Preis. – Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die im Koalitionsvertrag genannten Ziele umzusetzen. Ja, das wird sie auch tun. Aber ein Koalitionsvertrag gilt fünf Jahre. Denn fünf Jahre wird diese Koalition regieren.

(Beifall von der SPD – Bärbel Beuermann [LINKE]: Oder auch nicht!)

Von daher müssen wir nicht alles in einem Jahr erledigen. Dann wird es ganz spannend. Dort steht: „... sich für eine paritätische Gleichstellung von Frauen (...) einzusetzen.“ Das verstehe ich nicht ganz.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Ist nicht so schlimm!)

„Der Geschlechter“ würde ich verstehen, aber wie Frauen paritätisch sein können, erschließt sich mir nicht so ganz. Dann steht da: „... eine paritätische Gleichstellung von Frauen (mindestens 50 %) ...“

(Beifall von der LINKEN)

Ich kenne eine Drittelparität und eine Parität. Aber dass sie mindestens 50 % hat? Sie hat 50 %!

(Heiterkeit von Ralf Witzel [FDP])

Rechnerisch kriegen Sie das nicht so ganz hin.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin, achten Sie bitte auf die Redezeit.

Gerda Kieninger (SPD): Wir werden beide Anträge im Ausschuss beraten. Darauf freue ich mich. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Kieninger. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist Schaufensterpolitik in Reinkultur.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Während die Quotendebatte durch den gesamten Blätterwald rauscht, wollen Sie mit der Wirtschaft Präsentkörbe packen. Während wir gestern 16 regionale Kompetenzzentren Frau und Beruf auf den Weg gebracht haben, wollen Sie Hochglanzbroschüren drucken und Pressebilder generieren. Wir haben gute Frauen im Land und auch gute Vorbilder. Allein: Es fehlt an der systematischen Durchsetzung des Prinzips der Gleichstellung auf allen Ebenen – auch in der Wirtschaft.

Sie werden die Zahlen kennen, aber wir sollten sie doch noch einmal gemeinsam kurz durchgehen und

uns vor Augen führen: In den Vorständen von 160 börsennotierten Unternehmen in Deutschland sitzen 686 Männer und 21 Frauen. Das entspricht einer Männerquote von 97 %. Unter den Aufsichtsräten ist die Situation nur marginal besser: 9,4 % weibliche Aufsichtsräte, wobei der allergrößte Teil davon Vertreterinnen der Arbeitnehmerinnenseite sind.

Zumindest die eine oder andere Unionsfrau hat in den letzten Tagen verstanden, dass es einen gesetzlichen Bedarf gibt und wir nicht nur weiße Salbe brauchen. Unglücklicherweise ist sie dann von einer Kanzlerin zurückgepfiffen worden, die ihres Zeichens von der FDP zurückgepfiffen wurde. Wer macht in Berlin eigentlich die Politik, die FDP oder die Kanzlerin? Aber das müssen Sie untereinander klären.

(Ralf Witzel [FDP]: Ein Wunder: Sie ist Kanzlerin geworden ganz ohne Frauenquote!)

Die Kanzlerin hat sich also von der FDP zurückpfiffen lassen und die Quotendiskussion in seltener Entschlossenheit mal eben schnell abgebügelt. Wir werden gleich noch hören, warum die FDP beim Thema Gleichberechtigung im vorletzten Jahrhundert hängen geblieben ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich kann aber schon vorher zusammenfassen, was ich glaube, was Sie gleich sagen werden: Frauenquoten stellen einen unzulässigen Eingriff in die Unternehmerfreiheit dar. Das wird vermutlich gleich kommen. Ich sage Ihnen: Die Verfassung hat uns in Sachen Gleichstellung einen Auftrag gegeben, und wir scheuen uns nicht, diesen auch anzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Meine Damen und Herren, natürlich ist die Quote eine Krücke; da sind wir uns sicherlich alle einig. Aber wenn ich mir beim Fußball ein Bein breche, dann brauche ich auch eine Krücke, damit ich bzw. es vorangehen kann. Damit es für Frauen in einer Gesellschaft, die an einem Mangel an Gleichberechtigung krankt, vorangehen kann, brauchen wir eine gesellschaftliche Gehilfe, und das ist die Quote.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen natürlich auch eine andere Arbeitskultur. Es steht außer Frage, dass es mit der Quote allein nicht getan ist. Wir brauchen Teilzeit auch in den Führungsetagen. Wir brauchen flexible Arbeitszeiten. Wir brauchen Sitzungen, die nicht zwangsläufig nachts stattfinden. Wir brauchen Kinderbetreuung etc. Aber das alleine reicht nicht. Es reicht auch nicht, Preise zu vergeben und Hochglanzbroschüren zu drucken. Wir brauchen andere Maßnahmen gegen „gläserne Decken“ und gegen sich selbst reproduzierende „Old-Boys-Netzwerke“.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Zum Thema „Freiwillige Selbstverpflichtung“ möchte ich die CDU-Ministerin von der Leyen zitieren, die schlicht und ergreifend gesagt hat: Die Vereinbarung ist „krachend gescheitert“. Dem ist doch im Grunde genommen nichts hinzuzufügen. Leider musste sie jetzt wieder zurückrudern. Aber die Richtung ist klar: Wir brauchen keine Preise, wir brauchen eine konsequente Frauenförderung und eine Quote für die Spitzenpositionen.

Norwegen zeigt uns doch, dass diese Maßnahmen funktionieren. Eine kleine Gegenüberstellung, damit Sie sich das vorstellen können: Zehn Jahre freiwillige Selbstverpflichtung in Deutschland – Fortschritte empirisch im Grunde überhaupt nicht messbar. Fünf Jahre Quote in Norwegen – ein Anstieg des Frauenanteils von 16 % im Jahr 2005 auf 42 % im vergangenen Jahr. Und meines Wissens besteht das Land noch – trotz einer Frauenquote.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Mit unserer Forderung nach einer Quote sind wir nicht die einsamen Ruferinnen im Walde. Frankreich, Spanien, Belgien und die Niederlande haben sich auf den Weg in Richtung Quote gemacht. Auch die EU sieht Handlungsbedarf. Bei der gestern von Ihnen schon angesprochenen Frauenpolitik des 21. Jahrhunderts frage ich mich: Warten Sie mal wieder auf Nachhilfestunden aus Brüssel, damit Sie es hinbekommen, oder wollen Sie gar mit den Geisterfahrerinnen und Geisterfahrern der FDP direkt ins 19. Jahrhundert durchstarten?

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich freue mich trotzdem auf die Diskussion im Ausschuss, sowohl was Ihren Antrag als auch den Entschließungsantrag angeht. Außerdem haben wir zu diesem Thema immer noch eine Anhörung auszuwerten und aufzuarbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Für die FDP spricht jetzt Frau Kollegin Pieper-von Heiden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die Quotediskussion werde ich jetzt nicht eingehen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Dazu sind die Positionen hinreichend ausgetauscht. Ich denke, Frauen brauchen keine Quote. Frauen werden durch die Quote eher abgewertet, und das ist das Letzte, das ich möchte.

(Beifall von der FDP)

Lassen Sie mich zu Beginn meines Redebeitrags zunächst einen Satz aus der Stellungnahme von

Frau Dr. Bankier, Leiterin der Abteilung für Gleichstellung von Frauen und Männern bei der Europäischen Kommission, die wir vor zwei Wochen im Rahmen einer Anhörung in unserem Hause zu Besuch hatten, zitieren – mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„Ein Mangel an geeigneten weiblichen Vorbildern mag auch manche Frauen davon abhalten, Managementpositionen anzustreben.“

(Verena Schäffer [GRÜNE]: Sie waren doch gar nicht da!)

Genau dies war und ist auch immer Auffassung der Liberalen gewesen. Frauen in Führungspositionen müssen in jedweder Hinsicht unterstützt werden, um auch nach außen für andere Frauen, die den Weg in die Führungsetagen gehen möchten, als Vorbilder und Wegbereiterinnen dienen zu können. Dabei setzen wir auf gute Bildung und Ausbildung – das haben wir – und auf die Stärken der Frauen und ihr Selbstbewusstsein. Die Tatsache, dass Frauen heute in der Regel bessere Schul- und Studienabschlüsse machen als Männer, ist ein sicheres Indiz dafür, dass es lediglich eine Frage der Zeit ist, bis Frauen in den Führungspositionen der Wirtschaft gleichberechtigt vertreten sind. Dass es diese Zeitspanne effektiv zu verkürzen gilt, steht außer Frage.

Mit dem von der CDU vorgeschlagenen Landespreis „Managerin des Jahres“ kann ein wesentlicher Grundstein gelegt werden, erfolgreiche, selbstbewusste Frauen vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit zu stellen. Damit rücken wir diese erfolgreichen Frauen auch in den Blickpunkt der Männer und können einen Teil mehr dazu beitragen, die männlich dominierten Netzwerke und Strukturen in der Wirtschaft für diese und nachfolgende Frauen ein Stück weit zu öffnen.

Ein anderes Hauptproblem vieler Frauen ist unseres Erachtens die immer noch schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darin inbegriffen sind auch gesellschaftliche Vorbehalte. In vielen Lebensbereichen ist eine zumindest gedankliche traditionelle Rollenverteilung nach wie vor die Regel. Mit gesetzlichen Regelungen, wie wir sie nur allzu oft in diesem Plenum im Rahmen der vermehrten Beteiligung von Frauen an Führungspositionen diskutiert haben, kommen Sie an gesellschaftliche Vorbehalte wie beispielsweise eine mangelnde Akzeptanz der Fremdbetreuung von Kleinkindern nicht heran. Genauso wenig können Sie junge Frauen gesetzlich dazu zwingen, einen bestimmten Berufsweg in bisher frauenuntypischen Bereichen einzuschlagen. Mit der Ehrung und der Hervorhebung guter Vorbilder dagegen kann man an die Menschen herantreten und gesellschaftliche Bilder prägen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wer hat Ihnen den Unsinn eigentlich aufgeschrieben?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn hier die Entwicklung eines Kriterienkatalogs gefordert wird, sollte daher auch darauf geachtet werden, dass bei den

zu bestimmenden Kriterien nicht ausschließlich auf den Erfolg der Kandidatinnen in finanzieller Hinsicht gesetzt, sondern neben dem wirtschaftlichen Erfolg auch angemessen auf das Meistern typischer Frauenprobleme in der Wirtschaft eingegangen wird.

Das Land fördert und unterstützt die Vernetzung und den Weg von Frauen in die Führungsetagen in vielfältiger Weise. Zu nennen sind hier als Beispiele neben dem Unternehmerinnenbrief auch die Mentoringprogramme KIM – „Kompetenz im Management“ – oder PePon – „Personal-Potenziale nutzen!“.

Wenn ich dazu noch etwas sagen darf: Schon, als es in der letzten Legislaturperiode in der Verantwortung von Schwarz-Gelb lag, habe ich gesagt, dass wir davon wegkommen müssen – denn das fällt mir über die Jahrzehnte hinweg in der Frauenpolitik des Landes insgesamt auf –, dass besondere Programme für Frauen immer irgendwelche irrwitzigen Abkürzungen haben,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das hätten Sie in den letzten fünf Jahren ändern können!)

die Programme für Männer dagegen nicht.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Weil Männer lesen müssen und Frauen verstehen!)

KIM oder PePon sind Verniedlichungen. Das ist eine weitere Abwertung, von der wir wegkommen müssen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Was haben Sie denn in den letzten fünf Jahren gemacht?)

Wir müssen diese Projekte und Programme seriös beschreiben und bezeichnen. Das hat mir selbst unter der eigenen Mitverantwortung in der letzten Legislaturperiode nicht gefallen. Ich habe das auch immer deutlich gesagt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Och! Sie hat es deutlich gesagt! – Ministerin Barbara Stefens: Das hat aber keiner gehört!)

Der von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Managerinnentag kann als weiterer Baustein für eine vermehrte Vernetzung der Frauen untereinander dienen. Nur wenn man einander begegnet, kann man sich auch effizient vernetzen.

Die FDP-Landtagsfraktion wird den Antrag der CDU-Fraktion unterstützen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wen wundert's!)

den Entschließungsantrag der Linken nicht. Wir stimmen der Überweisung beider Anträge in den Ausschuss natürlich zu und freuen uns auf die weitere Beratung dort. – Danke.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Ralf Michalowsky [LINKE]: Ihren Redeschreiber würde ich trotzdem entlassen!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Frau Kollegin Beuermann.

Bärbel Beuermann (LINKE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion und die derzeitigen bundesweiten Diskussionen um die Einführung einer Frauenquote hat der Fraktion Die Linke wiederum bestätigt, dass wir in dieser Debatte ohne verbindliche gesetzliche Vorgaben keinen Schritt vorankommen. Das haben schließlich die vergangenen zehn Jahre bewiesen.

Aus diesem Grund haben wir unseren Entschließungsantrag vorgelegt, mit dem wir die paritätische Besetzung von Führungspositionen in der Wirtschaft gesetzlich geregelt sehen wollen. Frau Kieninger, nichts ist so instabil wie politische Verbindungen.

Aber wie sieht die Realität denn hier in der Bundesrepublik tatsächlich aus? Frau Merkel, die Frau an der Spitze dieser Republik, hat Kristina Schröder und Ursula von der Leyen einen Maulkorb verpasst. Das heißt, sie dürfen nicht weiter darüber reden. Interessant ist es schon, dass CDU- und FDP-Fraktion heute Morgen eine Aktuelle Stunde zum Thema Maulkorb beantragt haben. Das ließ mich schon schmunzeln.

(Beifall von der LINKEN)

Aber Frau Merkel lässt die Frauen in diesem Land alleine. Das ist, um es im Ruhrpottdeutsch zu sagen, „schäblich“.

(Beifall von der LINKEN)

Wir Linke sehen an dieser Stelle einen Sachverhalt, den wir auch mit entsprechenden Mitteln gelöst haben wollen.

(Ralf Witzel [FDP]: Die Zauberworte heißen Qualifikation und Leistung, nicht Quote und Vollkasko!)

In jüngster Zeit veröffentlichte Studien bestätigten anhaltende strukturelle Benachteiligungen von Frauen. Das darf nicht weiter ausgeblendet bleiben, sondern muss konsequent thematisiert und geändert werden. Beispielsweise zeigt die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin vom Januar 2011, dass sich an der Spitze von Deutschlands Top-Unternehmen überwiegend Männer befinden.

(Ralf Witzel [FDP]: Stimmt!)

In den Vorständen der 100 wichtigsten Konzerne lag der Frauenanteil im vergangenen Jahr bei nur 2,2 %. Mehr als 90 % haben keine einzige Frau in der Konzernführung.

(Ralf Witzel [FDP]: Wie viele haben sich denn dafür beworben?)

Bei den 200 größten Unternehmen waren es mit 3,2 % insgesamt nur marginal mehr. Wenn nun Wirtschaftsminister Brüderle einen Pakt für Frauen in Führungspositionen vorschlägt, können sich die Frauen, auf die es aktuell zutrifft, fast in einer Telefonzelle treffen, denn so wenige sind es.

Meine Damen und Herren, eine Quote, deren Nichteinhaltung Sanktionen nach sich zieht, wird die männliche Monokultur in deutschen Führungsriege beenden. Ich finde, das sollten wir auch einfordern.

(Ralf Witzel [FDP]: Männer haben sich ihr Geschlecht nicht ausgesucht!)

– Vielleicht kommen wir noch dahin.

(Lachen von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Wissen Sie, ich habe immer noch ein Date mit Herrn Papke. Vielleicht können wir uns auch darüber unterhalten.

Weiterhin zeigen auch die Ergebnisse der Studie des Deutschen Juristinnenbundes in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Die freiwilligen Berichtspflichten in der Privatwirtschaft haben zu keiner Änderung geführt.

Auch auf Landesebene und im öffentlichen Dienst sehen wir einen Handlungsbedarf. Die Forderungen des Landesgleichstellungsgesetzes sind nach wie vor nicht umgesetzt. Die Diskussion um die Industrie- und Handelskammern zeigen deutlich, dass auch das Landesgleichstellungsgesetz in Nordrhein-Westfalen dringend einer Überarbeitung bedarf.

Letztlich soll auch durch die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes die Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst und durch verbindlichen Kontrollen und Sanktionen gefördert werden.

Wir bitten um Unterstützung unseres Entschließungsantrags und freuen uns auf zielorientierte Diskussionen im Ausschuss, zu denen wir ganz besonders herzlich Männer einladen, die sich dann hoffentlich aktiv und konstruktiv in die Debatte einmischen werden und – ich gehe jetzt einmal davon aus, dass mein Appell auch fruchten wird – die sonst bevorzugte Lektüre im Ausschuss beiseitelegen, damit sie sich an der Debatte beteiligen können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Frau Kollegin Beuermann. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Steffens.

Barbara Steffens, Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter: Frau Präsidentin!

Meine Damen und Herren! Weil ich das Thema der Quote sehr wichtig finde, möchte ich gerne mit folgendem Zitat beginnen:

„Das Argument, man sei gegen eine Frauenquote, weil es dann nicht mehr um Qualität gehe, ist an Dummlichkeit nicht zu überbieten. Das ist nichts anderes als die Antwort geschlossener Systeme mit 87 Prozent Männerquote auf vermeintliche Eindringlinge.“

Das sagt Telekom-Vorstand Thomas Sattelberger.

(Beifall von Heike Gebhard [SPD])

Außer den Frauen, die sich immer wieder für die Frauenquote einsetzen, gibt es also auch Männer, die erkannt haben, wie notwendig und wichtig eine solche Quote ist und wie falsch die Argumente sind, die immer wieder von anderer Seite kommen.

Wenn man sich anguckt, wodurch Frauen denn aus dem System herausgehalten werden und was Frauen an dieser Stelle wirklich brauchen, stellt man fest, dass es mit Sicherheit keine Preise sind. Vielmehr sind es Chancen, Aufstiegsmöglichkeiten und Gehalt, aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Lebensentwürfen.

Dazu sagt Thomas Sattelberger:

„Nicht wenige Unternehmen haben schon Angst vor tiefeschürfender Veränderung. Wenn man an die Frauenförderung rangeht, berührt man automatisch Tabuzonen. So muss etwa die Präsenzkultur in Frage gestellt werden, die unmittelbare Verfügungsgewalt des Chefs, die jahrzehntelangen Mechanismen eher informeller Auswahlprozesse. Jobsharing muss auch in Führungspositionen möglich werden, ebenso wie Teil- und Auszeiten. Althergebrachte Muster kann man nur mit einem starken Willen verändern. Der muss von oben kommen.“

Der starke Willen muss also von oben kommen. Wir sind als Landesregierung dazu bereit.

(Ralf Witzel [FDP]: Dann fangen Sie doch mit sich selber an! Sie haben als erste grüne Ministerin sogar noch Ihr Mandat als Doppeljob behalten!)

– Wollen Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Ralf Witzel [FDP]: Teilen Sie doch einmal Ihren Ministerinnenjob auf! Taten statt Worte!)

– Wir können gerne über die Landesverfassung reden und darüber diskutieren, ob man an dieser Stelle Mandatsharing macht,

(Britta Altenkamp [SPD]: Vielleicht möchte er!)

an welcher Stelle Mandatsharing sinnvoll ist und ob auch das Sharing innerhalb der Landesregierung

Sinn macht. Darüber können wir gerne diskutieren; denn über Teilzeit reden wir gerne.

Herr Witzel, ich finde, dass das ein superkonstruktiver Vorschlag ist – gerade von Ihrer Seite. Wenn in Ihrer Fraktion durch ein Sharing der Mandate der Frauenanteil höher werden würde, wäre das ein wirklicher Gewinn; denn gerade durch Ihre Fraktion wird die Frauenquote in diesem Parlament erheblich heruntergezogen.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Und Sie bunkern zwei Spitzenjobs, damit bloß kein Mann nachrückt! Das ist pure Ideologie!)

– Herr Witzel, lassen Sie doch die Zwischenrufe. Melden Sie sich zu Wort, wenn Sie etwas zu sagen haben. Aber wahrscheinlich schaffen Sie das an dieser Stelle nicht.

Wir brauchen also substantielle Veränderungen für Frauen. Deswegen wollen wir auch das Kompetenzzentrum Frau und Beruf, das wir bereits initiiert haben, auf den Weg bringen und nicht stattdessen mit kleinen Preisen kommen.

Broschüren der Landesregierung von „Vorbilder schaffen Vorbilder – Führungsfrauen in Nordrhein-Westfalen“ von 2003 über „Erfolgreich arbeiten mit zwei Kulturen“ bis hin zu – jetzt in der neuen Auflage ausgezeichnet – „Unternehmerinnen in Nordrhein-Westfalen“ sind natürlich hilfreiche Informationen und tragen dazu bei, Vorbilder zu benennen und auch öffentlich zu thematisieren. Darüber hinaus brauchen wir aber keinen zusätzlichen Preis.

Meine Damen und Herren, mich wundert es schon, dass gerade die CDU-Fraktion, die uns tagelang mit Haushaltsvorwürfen an allen Stellen übersät, jetzt einen Preis gerade für die Wirtschaft initiieren will. Ein solcher Preis sollte eigentlich aus den Kreisen der Wirtschaft selber kommen. Im Übrigen existieren mehr als die drei in Ihrem Antrag genannten Preise, nämlich noch mindestens sieben weitere. Es gibt in diesem Bereich also Preise. Sie sollten aber doch von der Wirtschaft für die Wirtschaft kommen. Als Landesregierung muss man sich eher mit anderen Bereichen beschäftigen, in denen Lob und Anerkennung auch wirklich eine Rolle spielen.

Zu dem Entschließungsantrag der Linken werden wir mit Sicherheit eine spannende Debatte im Ausschuss führen; denn die Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes haben wir uns im Koalitionsvertrag auf die Fahne geschrieben. Es ist in der Tat wichtig, dieses Gleichstellungsgesetz endlich weiterzuentwickeln,

(Beifall von der LINKEN)

weil ein Tiger ohne Zähne nicht viel nützt. Deswegen muss dieser Tiger Zähne kriegen und beißen können. Wir werden aber intensiv darüber diskutieren müssen, weil das LGG einen sehr breiten Wirkungsbereich hat. Von den kommunalen Gleichstel-

lungsbeauftragten bis hin zu etlichen anderen Gebieten werden sehr unterschiedliche Problembereiche benannt und beschrieben.

Wir sind schon in den Prozess eingetreten und haben angefangen, eine Weiterentwicklung des Landesgleichstellungsgesetzes auf den Weg zu bringen. Die entsprechenden Diskussionen führen wir auch mit denjenigen, die vor Ort in den unterschiedlichen Bereichen als Gleichstellungsbeauftragte beschäftigt sind.

Ich glaube, dass das eine spannende Diskussion wird. Wenn der Tiger am Ende Zähne bekommt, sind wir frauenpolitisch auch wieder einen Schritt weiter.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Frau Ministerin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung zu diesem Punkt schließe.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1192 einschließlich des Entschließungsantrags Drucksache 15/1238 an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation** – federführend – und mitberatend an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Stimmt jemand dagegen? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir so beschlossen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe auf:

7 Menschenwürdiges Existenzminimum für alle – Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1188

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Die Linke Herrn Atalan das Wort.

Ali Atalan (LINKE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute über ein Gesetz, das seit 1993 in Kraft ist und genauso lange bereits gegen die Verfassung verstößt.

Wie Sie wissen, hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. Februar letzten Jahres das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip bekräftigt. Deshalb wird – wie Sie ebenfalls wissen, meine Damen und Herren – zurzeit in Berlin über die Höhe der Regelsätze bei Hartz IV gestritten.